WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE 22.07.2022 | Maurice Höfgen

Die Inflation lässt sich nicht wegsparen

Hohe Preise bestimmen derzeit den Alltag der Menschen. Warum eine Sparpolitik und die Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank der falsche Weg sind.

Einkaufen, tanken, duschen: Der Alltag ist teurer geworden. Die Inflationsrate in der Eurozone wächst unaufhaltsam. Laut Umfragen zählen Menschen die steigenden Preise längst zu ihrer größten Sorge. Wer arm ist, führt einen finanziellen Überlebenskampf. In Deutschland sind das immerhin fast 14 Millionen Menschen. Leere Kühlschränke am Monatsende und lange Schlangen bei den Tafeln sind die Folge. Und selbst Normalverdiener müssen mittlerweile aufs Geld achten und verzichten: Kochen statt Essengehen, Margarine statt Butter, Netflix statt Kino, Ostsee statt Teneriffa. Die Mehrheit der Deutschen spart gegen die Inflation. Bundesfinanzminister Christian Lindner will das bald nachmachen. Nach drei Jahren soll es endlich zurück zur Schuldenbremse gehen. Schluss mit „Politik auf Pump“, so Lindner. Eine gute Idee?

Dafür müsste man sich angucken, was genau teurer wird – und warum. Das Statistische Bundesamt schlüsselt Monat für Monat auf, welche Preise wie stark steigen. Die Inflationsrate lag im Juni bei knapp unter 8 Prozent. Heißt: Der Alltag ist 8 Prozent teurer als noch vor einem Jahr. Der größte Preistreiber ist dabei sicherlich die Energie. Benzin, Diesel, Heizöl, Gas und Strom sind im Schnitt ganze 38 Prozent teurer als vor zwölf Monaten. Davon betroffen sind auch die Produkte – wie zum Beispiel Lebensmittel –, deren Produktion, Lieferung und Auslage in der Kühltheke eben viel Energie benötigen. Lebensmittel kosten deshalb im Schnitt fast 13 Prozent mehr als vor einem Jahr. Zum Vergleich: Dienstleistungen wiederum sind in diesem Zeitraum nur 2 Prozent teurer geworden– etwa der Frisörtermin oder der Kinobesuch.

Dass Energie teurer wird, liegt vor allem am Krieg in der Ukraine, der die Preise für die nun unsicheren und knappen Güter Öl, Gas und Kohle in die Höhe treibt. All diese Kraftstoffe hat Deutschland bisher aus Russland eingekauft. Vor allem beim Gas ist die Bundesrepublik von

Russland enorm abhängig. Energie ist längst Spielball eines Wirtschaftskrieges geworden. Während die EU den Kohle- und -Gasboykott beschlossen hat, spielt Putin mit der Hand am Gashahn. Aus Unsicherheit vor einem drohenden Gasmangel sind die Preise an der europäische Börse ein vielfaches höher als noch vor einem Jahr. Weil etwa der deutsche Gasversorger Uniper weniger billiges Putin-Gas bekommt, muss er Gas am Markt zu deutlich höheren Preisen kaufen. Ein milliardenschweres Verlust-Geschäft für Uniper, denn seine Kunden muss der Konzern noch zu Vertragspreisen beliefern. Das Ende der Fahnenstange ist noch längst nicht erreicht, denn die hohen Gaspreise sind von den Versorgern noch gar nicht auf die Kunden umgelegt worden.

Der Begriff „Inflation“ wird dem derzeitigen Dilemma gar nicht gerecht. Er bezeichnet eigentlich eine sich selbst verstärkende Dynamik, die nahezu alle Preise steigen lässt, typischerweise auch Lohn-Preis-Spirale genannt. Ein klassisches Beispiel: Gewerkschaften boxen Lohnzuwächse durch, das treibt die Kosten der Firmen, die wiederum ihre Preise erhöhen und so ihr Stück vom Kuchen wieder zurückholen – und dann geht es wieder von vorne los. Diese Spirale existiert jedoch derzeit nicht, weil die Löhne seit der Pandemie kaum steigen. Das gibt selbst Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger zu.

Weil die Leute mehr für Energie zahlen, sparen sie bei Lebensmitteln, Möbeln und Kleidung.

Auch kann man nicht behaupten, dass Firmen die Preise erhöhen, weil die Menschen so viel Geld ausgeben und die Wirtschaft boomt. Nach zwei Pandemiejahren steht die ohnehin gebeutelte Wirtschaft vor der nächsten Flaute. Die Konsumstimmung der Verbraucher ist im Juni auf ein Rekordtief gefallen, die Geschäfte im Einzelhandel laufen schlecht. Weil die Leute mehr für Energie zahlen, sparen sie bei Lebensmitteln, Möbeln und Kleidung. Private Käufe und Investitionen sind immer noch deutlich unter dem Niveau von vor der Corona-Krise; die Industrieproduktion ist auf dem Niveau von 2017. Ohne Boom und ohne Lohn-Preis-Spirale bleibt also vor allem der einmalige Energiepreisschock als Erklärung – ein wichtiger Unterschied.

Damit zurück zur Frage: Ist es eine gute Idee, dass der Finanzminister sparen will? Sparen würde helfen, wenn die Wirtschaft überhitzt wäre. Oder auch, wenn wir eine typische Inflation hätten. Aber nicht bei einem immensen Energieschock, wie wir ihn derzeit erleben. Tatsächlich ist das

Gegenteil der Fall: Schuldenmachen kann die Preise senken. Dafür gibt es zwei Wege. Erstens kann der Staat hohe Preise auf seine eigene Kappe nehmen, indem er Steuern senkt, Zuschüsse zahlt oder etwa die Grundversorgung mit Gas subventioniert. Der Tankrabatt und das 9-Euro-Ticket beispielweise haben die Inflationsrate im Juni gesenkt. Seit Juli müssen Stromkunden zudem keine EEG-Umlage mehr bezahlen, auch das entlastet die Menschen von den hohen Preisen. Ein großer Hebel für die Preise im Supermarkt wäre die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Früher war das von der EU verboten, seit April ist es nun erlaubt.

Zweitens könnte der Staat dafür sorgen, dass wir Energie günstiger beschaffen oder effizienter nutzen. Etwa indem Wind- und Solarenergie ausgebaut wird, indem Gebäude energetisch saniert und Heizungen modernisiert werden, oder indem Bus und Bahn so ausgebaut werden, dass weniger Pendler auf das Auto angewiesen sind. Ob Entlastungen oder Investitionen: Beides kostet Geld. Für beides müsste Finanzminister Lindner zu neuen Schulden bereit sein, seine Sparpläne also ad acta legen. Die Rückkehr zur Schuldenbremse kommt deshalb zur Unzeit.

Im Rückblick lässt sich sogar sagen: Hätte der Staat in den letzten zehn Jahren mehr Schulden gemacht, um mehr Geld in die Energie- und Verkehrswende zu investieren, wären wir heute nicht so abhängig von teuren Öl- und Gasimporten aus dem Ausland. Dann wäre die Inflationsrate geringer und der Alltag für die Menschen bezahlbarer. Wenn die Bürger sparen, darf sich der Staat nicht noch daran beteiligen, denn das verschärft die Wirtschaftsflaute und hilft nicht gegen die Mondpreise. Im Gegenteil, mit klugen Investitionen und einem dritten Entlastungspaket sollte die Ampel eine Brücke in eine stabile Zukunft bauen.

Auch die Firmen brauchen diese Brücke. Auch sie müssten nämlich investieren, um neue Kapazitäten aufzubauen, um von Gas auf andere Energieträger umzustellen oder um energieeffizienter zu werden. Wenn Verbraucher und Staat aber sparen, verliert die Wirtschaft an Einnahmen und wird so ausgebremst. In einer taumelnden Wirtschaft schrecken Firmen vor Investitionen zurück. Zu groß ist das Risiko, dass die Investitionen in Erneuerung und Nachhaltigkeit sich nicht rechnen. Dann werden Investitionen aufgeschoben und das Geld beisammengehalten.

Deshalb ist auch die jüngst beschlossene Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank falsch. Höhere Zinsen machen Kredite teurer und erschweren Investitionen, was wiederum die Wirtschaft ausbremst und mehr Menschen arbeitslos macht. Sie sind daher kein geeignetes Mittel

gegen hohe Energiepreise. Denn die Nachfrage nach Sprit, Strom und Gas ist kaum abhängig vom Zins. Erst sparen Firmen und Verbraucher an anderen Ausgaben, bevor sie weniger heizen, duschen, kochen, tanken oder produzieren. Wenn der Zinshammer funktioniert, dann nur nach dem Motto: Operation gelungen, Patient tot. Die politischen Weichen werden dieser Tage leider auf Herausschrumpfen statt Herauswachsen gestellt – ein großer Fehler.



Maurice Höfgen
Berlin

Maurice Höfgen ist Ökonom, Betriebswirt und Autor. Er ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Finanzpolitik im Bundestagtätig und forscht zu Fragen der Makroökonomik und Nachhaltigkeit. Er publiziert zudem regelmäßig in akademischen und populärwissenschaftlichen Zeitschriften.